

25. Friedensfest in Strausberg

„Wie weiter in Europa?“ und „Die West-Ost Konfrontation; Deutschland – ein neuer Hegemon?“ – zwei spannende Themen des Tages.

Die Kreisvorsitzende der Linken, Bettina Fortunato, begrüßte die Gäste sehr herzlich. In wenigen Worten umriss sie, welche Schwerpunkt auf dem diesjährigen Friedensfest in den politischen Foren und Lesungen gesetzt sind.

Wenig später lud sie zu einem Gespräch mit Bundestagsabgeordneten [Thomas Nord](#) (LINKE) ein. Er ist in seiner Fraktion „Sprecher für internationale Beziehungen“ und stellte sich den Fragen zum Thema „Wie weiter in Europa?“. Einen wesentlichen Raum nahmen die Flüchtlingspolitik und die Austeritätspolitik gegenüber Griechenland ein. Die Bundesregierung ist mit der Flüchtlingspolitik schlichtfest überfordert. Nach seiner Auffassung wären allein im Bundesland Brandenburg etwa 200 bis 300 Mio € im Jahr nötig, um die Probleme in Griff zu bekommen. Die Bereitstellung von 1 Mrd. € seitens der Bundesregierung seien viel zu wenig. Die Bankenkrise vor wenigen Jahren zeigte, dass scheinbar wie aus dem Nichts viele Milliarden Euro zur Rettung maroder Banken bereitgestellt werden konnten. An Geld mangelt es nicht in dieser Bundesrepublik. Die CDU/CSU sind sich in der Flüchtlingspolitik uneins und die Bundeskanzlerin Angela Merkel deshalb zögerlich in ihrer Haltung. Ursachen von Flucht und Vertreibung werden von den politisch Verantwortlichen und in den Mainstreams kaum thematisiert. Thomas Nord betonte, dass es vor allem die Linke ist, die dieses immer wieder thematisiert und Korrekturen in der Außen- und Wirtschaftspolitik fordert. Griechenland, so Thomas Nord, war die Hoffnung der Linken in Europa. Dass eine linke Regierung dem konservativ geprägten Europa ein Dorn im Auge ist, trat in den Verhandlungen mit der Syriza-Regierung sehr deutlich zutage. Die linke griechische Regierung beugte sich letztlich dem Diktat der Sparpolitik der Euro-Länder, vorangetrieben durch die Deutschen. Die linke griechische Regierung war während der Verhandlungen um die Zukunft ihres Landes auf sich allein gestellt; eine Unterstützung seitens der europäischen Linken war kaum zu spüren. In der europäischen Linken wird nun die Frage diskutiert, wie linke Regierungspolitik in den EU-Ländern erfolgreich geführt werden kann, denn Griechenland zeigt, dass das Kapital die rote Linie festlegt, deren Überschreiten von den neoliberalen, konservativen Politiker in Regierungsverantwortung rigoros unterbunden wird.

„Die West-Ost Konfrontation; Deutschland – ein neuer Hegemon?“, diese Podiumsdiskussion versprach Spannung und Brisanz mit interessanten Gesprächspartnern aus der Politik, der Friedensbewegung, mit Menschen, die hochrangige Militärs in der DDR und in der heutigen Bundesrepublik waren. Nach dem Fall der Mauer war Skepsis in Bezug auf die Rolle eines zukünftigen vereinigten Deutschlands in Europa zu vernehmen, so in Frankreich und in Großbritannien. Die Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg waren nicht gänzlich verblasst, sie sind es auch heute nicht.

Hegemoniales Streben Deutschlands in Europa wird seit der deutschen Vereinigung 1990 immer spürbarer, das wurde von den Rednern klar herausgestellt. Dies äußert sich immer ungeschminkter in einer kompromisslosen Durchsetzung eigener politischer und wirtschaftlicher Interessen; jüngstes Beispiel sind die Rolle Deutschlands im Ukraine Konflikt und die rigorose Austeritätspolitik Deutschlands gegenüber den Hellenen. [Dr. Alexander Neu](#), Mitglied der Bundestagsfraktion der Linken, kam zu dem Schluss, das Hegemonialstreben der Deutschen auf internationalem Parkett sei von den USA gewollt, aber von ihr nur solange geduldet, wie es der Supermacht zur Sicherung ihrer geopolitischen Vormachtstellung in der Welt dient.

[Jürgen Heiducoff](#) gab eine Einschätzung über die gegenwärtige Situation der Friedensbewegung in unserem Land. Sein Engagement in der Friedensbewegung ist bemerkenswert in Anbetracht seiner außergewöhnlichen Karriere als Soldat. Er diente fast 20 Jahre als Offizier in der NVA und nach der Wende fast ebenso lange in der Bundeswehr. Drei Jahre diente er im ISAF-Einsatz in Afghanistan, zuletzt als Militärattaché in der deutschen Botschaft in Afghanistan. Mit einem Brief an den damaligen und heutigen Außenminister Walter Steinmeier im Mai 2007 erlangte Jürgen Heiducoff große Aufmerksamkeit in den Medien, die der deutschen Regierung gar nicht passte. In seinem Lagebericht schrieb er: *„Ich gerate zunehmend in Widerspruch zu dem, wie die eigenen westlichen Truppen in Afghanistan agieren. Es ist unerträglich, dass unsere Koalitionstruppen und ISAF inzwischen bewusst Teile der Zivilbevölkerung und damit erhoffte Keime der Zivilgesellschaft bekämpfen“*, erklärte Oberstleutnant Jürgen Heiducoff in seinem brisanten Lagebericht vom Frühjahr 2007 an den deutschen Außenminister Walter Steinmeier. *„Ich stelle dabei zunehmend fest“*, so Heiducoff weiter, *„dass die militärische Lage unzulässig geschönt dargestellt wird.“* ([Quelle](#)). In seinem Brief an den Außenminister berichtete er darüber, dass die Situation in Afghanistan bewusst schöngeredet wird, auch von deutschen Generälen.

Die ARD-Sendung Monitor berichtete am 31. Mai 2007 über die außergewöhnliche Botschaft des hochrangigen Bundeswehroffiziers. Militärattaché Jürgen Heiducoff wurde schließlich abberufen und aus dem militärischen Dienst entlassen. Die Bundesregierung bestritt, dass dies im Zusammenhang mit dem aufsehenerregten Papier an den Außenminister stehe. Jürgen Heiducoff engagiert sich seitdem in der Friedensbewegung. Dies ist heute umso dringlicher erforderlich. Die Friedensbewegung muss sich in Anbetracht der gegenwärtigen Lage und der geopolitischen Ausrichtung der USA und NATO neu formieren und besonders junge Menschen mobilisieren. Die kontroverse Diskussion über die Schwächen der Friedensbewegung machte deutlich, dass alles getan werden muss, um alle Menschen zu sensibilisieren, denen ein aktiver Kampf für den Frieden und die Mobilisierung gegen Kriegstreiberei wichtig ist, unabhängig davon, welcher Religion sie angehören oder welche politische Haltung sie vertreten. Eine klare Distanzierung von Neonazis und Rassisten ist aber wichtig, darüber waren sich das Podium und die Besucher der Veranstaltung einig. Notwendig ist es, so Alexander Neu, die neue Möglichkeiten der Internetkommunikation zu nutzen, um über Netzwerke vor allem die junge Generation zu interessieren und mobilisieren.

DB